Vfg.

AZ: - 32 - Herr Schwark

1.

Drucksache Nr.: 1158/2013/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	30.01.2018	Ö	Kenntnisnahme
Ratsversammlung	13.02.2018	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Dr. Tauras /
Stadtrat Kubiak

Verhandlungsgegenstand:

**Beteiligung der Stadt Neumünster an
der Vereinbarung zum Vollzug des
Prostituiertenschutzgesetzes mit den
Kreisen Plön und Ostholstein**

Antrag:

Die Ratsversammlung stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 18 GkZ zum Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes zu.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten in Höhe von 60% einer Vollzeitstelle mit Besoldungsgruppe A9 / A10 in Höhe von ca. 32.500,00 Euro.
Da die Aufgabe der Überwachung und des Vollzuges des Prostituiertenschutzgesetzes mit der Einnahme von Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung des Landes Schleswig-Holstein verbunden ist werden die Ausgaben durch entsprechende Gebühreneinnahmen relativiert. Die Höhe der Einnahmen und damit die Auswirkung auf die Aufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös einschätzbar.

Begründung:

Die Vertragsparteien sind Träger von Aufgaben nach dem Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) und nehmen diese Aufgaben als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahr.

Mit dem ProstSchG wird das Ziel verfolgt, durch gesetzliche Regelungen die in der Prostitution Tätigen besser zu schützen, ihr Selbstbestimmungsrecht zu stärken und Kriminalität in der Prostitution wie Menschenhandel, Gewalt gegen und Ausbeutung von Prostituierten sowie Zuhälterei zu bekämpfen. Zur Zielerreichung wurden gesetzliche Maßstäbe für Prostitutionsstätten und anderen Erscheinungsformen des Prostitutionsgewerbes eingeführt sowie eine ordnungsbehördliche Überwachung eingerichtet, um den kriminellen Begleiterscheinungen der Prostitution den Boden zu entziehen und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Innerhalb einer Übergangsfrist bis zum Jahresende 2017 sind von allen Betreibern von Prostitutionsstätten im Sinne des Gesetzes Anträge auf Erteilung von Erlaubnissen zu stellen, was auch passiert ist. Die Erlaubniserteilung ist gebunden an die Erfüllung einer Vielzahl von Bedingungen insbesondere zu den Arbeitsbedingungen der im Gewerbe Beschäftigten.

Um diesen Aufgaben qualitativ gerecht zu werden und sie möglichst effektiv zu bewältigen, die damit verbundenen Kosten zu reduzieren sowie im Vollzugsbereich Synergieeffekte zu nutzen sind die Vertragsparteien übereingekommen, dass die ihnen nach dem ProstSchG übertragenen Aufgabenbereiche (ausgenommen der Bereich Ordnungswidrigkeiten) künftig allein vom Kreis Ostholstein wahrgenommen werden. Damit besteht die Möglichkeit der ganzheitlichen Fallbearbeitung inklusive der notwendigen, aber zeitaufwändigen Außenkontrollen sowie der Nutzung der im Kreis Ostholstein bereits vorhandenen umfangreichen Vernetzungen verschiedener im ordnungsrechtlichen Bereich tätiger Organisationen aufgrund der jahrelangen Zusammenarbeit im Bereich der gemeinsamen Ermittlungsgruppe Schwarzarbeitsbekämpfung. Darüber hinaus sind erhebliche Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung des vorhandenen Dienstfahrzeuges sowie die Sicherstellung der Eigensicherung in kritischen Fällen und der Stärkung der Beweiskraft von Aussagen, Tätigkeiten, Ergebnisermittlungen etc. erkennbar, da im Kreis Ostholstein eine organisatorische Anbindung des Vollzugs des Prostituiertenschutzgesetzes an die Ermittlungsgruppe Schwarzarbeitsbekämpfung erfolgt.

Aus den genannten Gründen soll daher die anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes abgeschlossen werden. Der Schlüssel zur Kostenverteilung basiert auf der Zahl der derzeit bekannten Prostitutionsbetriebe und wird bei geänderten Erkenntnissen zum zurechenbaren Aufwand ggf. zeitnah neu verhandelt.

Im Auftrage

Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Kubiak
Stadtrat

Anlagen:

- Vereinbarung zum Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes zwischen den Kreisen Ostholstein und Plön und der Stadt Neumünster